

ASSked – Nachgefragt ist eine Publikation der Außen- und Sicherheitspolitischen Studienkreise e.V. Experten und Zeitzeugen berichten aus ihren Fachbereichen und von ihren Erlebnissen. Das Interview-Magazin ASSked – Nachgefragt macht Außen- und Sicherheitspolitik menschlicher, greifbarer und direkter.

## Ausgabe II /2010 – Thema: Terrorismus und der Krieg in Afghanistan

### Interviewpartner: Andreas M. Bock (Politikwissenschaftler)



Dr. Andreas M. Bock (\*1971 in München) ist Lehrbeauftragter für Politische Theorie und Philosophie am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrbeauftragter für die Theorie der Internationalen Beziehungen an der Universität der Bundeswehr München sowie Lehrbeauftragter für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Augsburg.

Er war Projektkoordinator in Katastropheneinsätzen in Albanien, Pakistan und im Kosovo.

**ASSked:** Herr Bock, gibt es das Bild eines romantischen Freiheitskämpfers, der sein Blut und sein Leben für das Volk und sein Land gibt oder lassen sich Freiheitskämpfer und Terroristen gar nicht unterscheiden?

*Die Antwort auf Ihre Frage lässt sich vielleicht am besten so beginnen: „Der Terrorist des einen ist der Freiheitskämpfer des anderen.“ Ein Satz, der nicht nur in wissenschaftlichen Kreisen verpönt ist. Denn wer ein Terrorist ist, macht Menschen willkürlich zu Opfern um Terror zu erzeugen und so ein politisches Ziel zu erreichen. Willkürliche Gewalt aber kann nicht legitim sein. Der Freiheitskampf dagegen, der Kampf um politische Selbstbestimmung und Freiheit von Fremdherrschaft, ist ein legitimes Ziel, das ausdrücklich in den beiden Internationalen Pakten über Bürgerliche und Politische Rechte sowie über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte für alle Vertragsstaaten bindend formuliert ist. Folglich kann Terrorismus kein Freiheitskampf und Freiheitskampf kein Terrorismus sein; sonst wären Terrorismus und Freiheitskampf zugleich legitim und illegitim.*

**ASSked:** In der Theorie mag das stimmen, aber die Realität sieht doch anders aus.

*Die politische Wirklichkeit sieht tatsächlich anders aus. Denken Sie an Nelson Mandela, Jassir Arafat oder Menachem Begin. Die Antwort auf die Frage: „Terrorist oder Freiheitskämpfer?“ hängt wesentlich davon ab, wann man sie wo und vor allem wem stellt. In Palästina gilt Arafat als Freiheitskämpfer, in Israel als Terrorist. Begin wird in seiner Heimat Israel als Freiheitskämpfer verehrt, während Großbritannien den Anschlag auf das King David Hotel am 22. Juli 1946 bis heute als Terrorismus verurteilt. Und Mandela? Der wird heute als Symbol des legitimen Widerstandes gegen das Apartheid-Regime in Südafrika gefeiert. Das aber war nicht immer so. Mandelas African National Congress (ANC) wurde wegen seines gewaltsamen Kampfes gegen die Apartheid in den*

(Außen- und Sicherheitspolitische Studienkreise e.V. – [www.sicherheitspolitik.org](http://www.sicherheitspolitik.org))



*USA und in Großbritannien als terroristische Organisation verurteilt. Ohnehin mochten die USA in der Apartheid offensichtlich kein Problem sehen. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nutzten sie ihre Stellung als Vetomacht in 21 Fällen, um Resolutionen gegen Südafrika zu verhindern. Und auch der spätere bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß konnte als deutscher Verteidigungsminister im Apartheid-Regime keinen rassistischen Polizeistaat erkennen. In den USA sollte es dann bis zum Juli 2008 dauern, bevor Mandela wegen seiner Mitgliedschaft im ANC von der „Terrorist Watchlist“ des FBI gestrichen wurde. Eine Tatsache, die selbst US-Präsident George W. Bushs konservative Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice damals als beschämend kritisierte. Je nachdem welche Quelle man benutzt, können gleiche Taten völlig unterschiedlich bewertet und dargestellt werden. Der gleiche Angriff ist zugleich legitime Selbstverteidigung und Terrorismus. Jede Seite nimmt für sich in Anspruch, richtig und gerechtfertigt zu handeln.*

**ASSked:** Ist Terrorismus nicht letztendlich die Manipulation der Öffentlichkeit zum Erreichen eines bestimmten Zieles?

*Natürlich. Terrorismus ist seinem Wesen nach eine Form politischer Gewalt – Krieg, dies nur in Parenthese, ist eine andere Form politischer Gewalt. Als solches hat terroristische Gewalt ein ganz bestimmtes Ziel, ein ganz bestimmtes Anliegen: Terroristische Gewalt will die herrschende politische Ordnung verändern, vielleicht sogar zerstören. Dafür aber ist eine breite öffentliche Unterstützung notwendig – egal, ob diese Unterstützung freiwillig oder erzwungen ist. Genau diese breite Unterstützung, diese politische Macht, fehlt den terroristischen Gruppen.*

**ASSked:** Aus diesem Grund ist Terrorismus eine Strategie schwacher Gruppen.

*Ja, denn ihnen fehlen scheinbar oder tatsächlich die Möglichkeiten, ihre Ziele auf politischem Wege zu erreichen. Folglich tritt die terroristische Gewalt an die Stelle der politischen Macht. Die Gewalt ist das Mittel, das Angst und Schrecken – also Terror – verbreiten und so die notwendige Unterstützung erzwingen soll. Damit diese Manipulation aber funktionieren kann, muss der Staat, gegen den sich die terroristischen Angriffe richten, das „subversive terroristische Kalkül“ bedienen und selbst zum Helfershelfer der Terroristen werden. Der terroristischen Gewalt kommt dabei die Funktion eines Katalysators zu, die den Staat zu einer gewaltsamen, brutalen Gegenreaktion zwingen soll, damit diese als Legitimation des eigenen, terroristischen, Kampfes gegen den Staat benutzt werden kann. Das nenne ich das „subversive terroristische Kalkül“.*

**ASSked:** Von welchen Faktoren hängt es ab, ob ein Aufstand zu einer existentiellen Gefahr für einen Staat wird?

*Vom Ausmaß der freiwilligen Unterstützung, die eine terroristische Gruppe generieren kann. Das Ausmaß dieser Form der Unterstützung, die eine terroristische Organisation oder Gruppe hat – in Form von Geldgebern, Freiwilligen oder von Staaten oder Bürgern gewährten Rückzugsräumen und Stützpunkten –, ist entscheidend für die terroristische Schlagkraft und ihr spezifisches*

(Außen- und Sicherheitspolitische Studienkreise e.V. – [www.sicherheitspolitik.org](http://www.sicherheitspolitik.org))



„Bedrohungspotenzial“. Während die Schlagkraft die Fähigkeit einer Organisation oder Gruppe beschreibt, über längere Zeit für das Erreichen der jeweiligen Ziele kämpfen zu können, was auch durch geschicktes Haushalten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht werden kann; zumindest bis zu einem bestimmten Punkt, reflektiert das Bedrohungspotenzial direkt auf die soziale Macht, die eine Organisation durch Unterstützung gewinnt, und die sie in die Lage versetzt eine oder – wenn wir unterstellen, dass alle terroristische Gruppen, die sich selbst als Ableger von al Qaida bezeichnen, tatsächlich Teil des Terrornetzwerkes sind –, sogar mehrere Gesellschaften zur gleichen Zeit zu terrorisieren.

**ASSked:** Dann ist Unterstützung für terroristische Organisationen existentiell?

Unterstützung ist für die Macht und den Einfluss einer terroristischen Organisation wichtig, weil sie natürlich die terroristische Schlagkraft erhöht. Für das eigentliche Mittel des Terrorismus aber, für die Erzeugung von Terror, ist das Bedrohungspotenzial von größerer Bedeutung. Je größer die Unterstützung für eine Organisation ist, umso aussichtsloser muss der Kampf gegen sie erscheinen: für jeden Terroristen der gefangen oder getötet, für jede Zelle die zerschlagen wurde, melden sich mehrere neue Freiwillige, führen mehrere neue Zellen den Kampf weiter. Das Bedrohungspotenzial ist eine psychologische Kategorie, die mit der öffentlichen Wahrnehmung einer terroristischen Organisation zusammen hängt. So war das Bedrohungspotenzial der RAF während des Deutschen Herbstes am größten; die RAF konnte unmittelbar von breiter, auch öffentlicher Sympathie und Unterstützung profitieren. Damit erreicht auch das Gefühl des Terrors einen Höhepunkt, das von der staatlichen Reaktion noch angefacht wurde. Die Anschläge der RAF sollten bis Anfang der 1990er Jahre weitergehen; ein vergleichbares Bedrohungspotenzial erreicht die Organisation nie wieder. Analog schätzen wir heute das Bedrohungspotenzial von radikal-islamischen oder islamistischen Organisationen darum so hoch ein, weil sie offenbar breite Unterstützung genießen und die damit zusammenhängende Gefahr terroristischer Anschläge durch so genannte Schläfer oder radikalisierte und gewaltbereite Konvertiten praktisch nicht zu bannen ist. Zudem tragen staatliche Reaktionen, wie schon im Deutschen Herbst, dazu bei, das Gefühl der Bedrohung in der Bevölkerung zu steigern.

**ASSked:** Wie kommt es, dass islamistische Organisationen einen so großen Zulauf haben? Ist es vielleicht die Bedrohung aus dem Westen, die Moderne, die die Traditionen des Islams bedroht?

Islamistische Gruppen wie al Qaida empfinden den Westen und seinen liberalen Idealen sicherlich als Bedrohung. Dies allein vermag aber noch nicht zu erklären, warum diese Gruppen breiten Zulauf auch von Muslimen oder Konvertiten aus Europa erhalten. Hier müssen wir uns der Einsicht stellen, dass diese Gruppierungen, von denen al Qaida nur die bekannteste und einflussreichste ist, mit ihren Botschaften von der Feindschaft des Westens ganz offensichtlich die Gefühlslage von immer mehr Muslimen in der – wenn Sie mir diese Pauschalisierung gestatten – arabischen Welt und auch in Europa treffen: dass Muslime weltweit wegen ihrer Religion diskriminiert oder unterdrückt werden. Die Reaktionen auf den 11. September 2001, als Muslime weltweit unter Generalverdacht standen,

(Außen- und Sicherheitspolitische Studienkreise e.V. – [www.sicherheitspolitik.org](http://www.sicherheitspolitik.org))



*und es zum Teil bis heute tun – denken Sie nur an die Sonderbehandlung, die Muslimen an manchen Flughäfen der Welt zuteil wird –, haben sicherlich wesentlich dazu beigetragen, dieses Gefühl zu verfestigen. Im Endeffekt aber ist die Frage, ob die Botschaft von der Feindschaft des Westens eine reale Grundlage hat, oder nur religiös motivierte Propaganda ist, nebensächlich. Entscheidend ist, dass die entsprechenden Botschaften auf fruchtbaren Boden fallen. Zur Verdeutlichung: Die RAF wollte mit ihren Anschlägen das Proletariat in Deutschland vom Kapitalismus befreien. Allerdings wollten die Arbeiter in Deutschland nicht „befreit“ werden; breite Unterstützung hat die RAF von Seiten der Arbeiterklasse darum nie erfahren. Offensichtlich ist das Verhältnis eines relevanten Teils der muslimischen Welt zum Westen von einem tiefen Vertrauensverlust geprägt.*

## **„Gemessen an seinen eigenen Vorgaben, nämlich die Sicherheit in der Welt zu erhöhen, ist der GWOT offensichtlich und kläglich gescheitert.“**

**ASSked:** Was würden Sie sagen? Hat der Global War on Terror die terroristische Gefahr weltweit erhöht oder vermindert?

*Wenn Sie an das Ausmaß der Sicherheitsmaßnahmen denken, das Sie als Flugreisender heute über sich ergehen lassen müssen: Offensichtlich leben wir in sehr, sehr gefährlichen Zeiten. Tatsächlich hat der GWOT an der internationalen Gefährdungslage, also: an der Bedrohung durch Terrorismus, nichts geändert. Das zeigen gerade die geglückten wie auch vereitelten, Anschläge in Europa. Ich glaube sogar, dass der GWOT das Gegenteil erreicht hat: Die Gefahr des „homegrown terrorism“, der in den liberalen Gesellschaften selbst entsteht, scheint sich in den Jahren seit Beginn des Afghanistan- und Irak-Kriegs nur vergrößert zu haben. Ich erinnere nur an die „Sauerland-Terroristen“, die 2007 in Deutschland unter dem dringendem Tatverdacht festgenommen wurden, mehrere Anschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland zu planen. Bei den drei Verdächtigen, die der radikalen „Islamischen Dschihad Union“ angehören sollen, handelt es sich um zwei zum Islam konvertierte Deutsche und einen Türken. Gemessen an seinen eigenen Vorgaben, nämlich die Sicherheit in der Welt zu erhöhen, ist der GWOT offensichtlich und kläglich gescheitert. Das Tragische daran ist, dass der GWOT von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, was man aus der historischen Erfahrung hätte lernen können, die Israel seit Jahrzehnten mit dem Versucht macht, der terroristischen Bedrohung militärisch Herr zu werden. Weder die PLO, noch die Hisbollah im Libanon, noch die Hamas in Gaza konnten von einer der besten Armeen der Welt besiegt werden. Im Gegenteil. Die israelischen Angriffe sorgen stetig für neue Freiwillige – was die Gruppierungen praktisch unbesiegbar macht.*

**ASSked:** Warum sind bei der Bekämpfung von Terrorismus nur militärische Maßnahmen kontraproduktiv?

*Zipi Livni, die frühere israelische Außenministerin, hat Israels Gaza-Offensive als Form der militärischen Abschreckung gerechtfertigt und damit zugleich erklärt, warum diese Strategie von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Will militärische Abschreckung erfolgreich sein, braucht sie ein echtes, ein wirkliches Ziel, das man mit der militärischen Zerstörung bedrohen kann. Genau hierin liegt das Problem militärischer Anti-Terrorismus-Strategien, die sich im Kern immer den Grundgedanken militärischer Abschreckung zu eigen machen: Die Androhung und der tatsächliche Einsatz von massiver militärischer Gewalt wird aktive wie auch potenzielle Terroristen und ihre Unterstützer von ihren Plänen und Aktionen abhalten. Nur: Terroristische Organisationen sind keine Staaten! Al Qaida hat kein Territorium, auf dem es angegriffen und getroffen werden könnte, und es besitzt keine Bevölkerung und auch keine Infrastruktur, die getötet oder zerstört werden könnte. Al Qaida ist buchstäblich unsichtbar. Selbst in Afghanistan wurde nicht wirklich al Qaida getroffen. Was zerstört wurde waren Stellung der al Qaida und Waffen; auch Kämpfer wurden getötet, wie auch unbeteiligte afghanische Zivilisten. Al Qaida tritt man bei, man kämpft für sie, teilt ihre Ideologie, ihre Ziele. Aber man lebt, wohnt und arbeitet nicht in al Qaida, wie man es in einem Staat tut. Al Qaida: das kann jeder an jedem Ort sein. Das ist auch der große Vorteil einer terroristischen Organisation gegenüber einem Staat. Ein Staat hat Bürger, hat ein Territorium, hat Infrastruktur; und das macht den Staat verwundbar: keine seiner Einrichtung ist wirklich sicher vor einem Anschlag. Umgekehrt sind terroristische Organisationen aus dem gleichen Grund weit weniger verwundbar durch militärische Angriffe: sie sind eben gerade keine festen, klar identifizierbaren Ziele. Was die Androhung militärischer Vergeltung weniger glaubwürdig macht. Das heißt, dass militärische Anti-Terrorismus-Maßnahmen, die sich gegen Länder und Staaten richten, die Terroristen unterstützen oder Unterschlupf gewähren, nur die Organisationen stärken, gegen die sie eigentlich gerichtet sind: Militärische Gewalt liefert Terroristen einen Vorwand um ihre Anschläge als Vergeltung oder Selbstverteidigung zu rechtfertigen; zudem wird es für Terroristen dadurch leichter, neue Freiwillige zu rekrutieren. Die Entscheidung eines Staates militärisch gegen die terroristische Bedrohung vorzugehen, hat darum nicht das Ende der Gewalt, sondern ihre Eskalation zur Folge. Jede Seite benutzt das Vorgehen der anderen als Vorwand, um die Spirale der Gewalt weiter zu treiben. Die Folge der Eskalation der Gewalt ist, dass beide Seiten verlieren.*

**ASSked:** Schwenken für auf einen konkreten Fall. In Afghanistan ist die Koalition seit 2001 in einen Krieg verstrickt. Wäre es nicht an der Zeit mit Aufständischen, Taliban oder Terroristen zu verhandeln?

*Unbedingt! Wir werden den Kampf, den Krieg gegen den Terrorismus niemals gewinnen, wenn wir ihn weiter militärisch ausfechten. Um terroristische Gruppen nachhaltig zu schwächen, muss man das Ausmaß an Unterstützung verkleinern, das sie genießen. Mit anderen Worten: Man muss die Überzeugung, die Herzen der Menschen zurück gewinnen.*

**ASSked:** Wie meinen Sie das? Die Herzen der Menschen gewinnen?

*Wir müssen das Vertrauen der Menschen gewinnen. Mit Folterlagern wie Abu Ghraib oder Bagram gelingt dies nicht. Um den Kampf um das Vertrauen, um die Herzen der Menschen zu gewinnen, muss man mit dem Gegner ins Gespräch kommen, ihm zuhören, mit ihm verhandeln, und damit der Politik den Vorzug gegenüber der Gewalt geben. Die Bereitschaft mit Terroristen zu verhandeln gibt ihnen die Möglichkeit, einige ihrer Ziele nicht nur auf friedlichem Wege, sondern auch tatsächlich zu erreichen. Damit haben wir etwas, das wir anbieten können um kooperatives Verhalten von Seiten der Terroristen zu erreichen und zu belohnen, etwa wenn sie bereit sind, Geiseln zu entlassen oder sich auf einen Gewaltverzicht einlassen: die Anerkennung als Gesprächspartner. Das aber heißt nicht, und das darf nicht missverstanden werden, alle Ziele einer Organisation anzuerkennen, oder ihre Taten gutzuhießen. Verhandlungen sind ein strategisches Mittel der Politik, um bestimmte Ziele auf gewaltfreiem Weg zu erreichen.*

**ASSked:** Worüber sollte man mit al-Qaida verhandeln, formulieren sie doch völlig unerfüllbare Ansprüche und Ziele.

*Verhandlungen bedeuten nicht per se, dass Ansprüche, so wie sie von einer Seite formuliert werden, völlig erfüllt werden. Die Frage, in welchem Umfang sich formulierte Ansprüche realisieren lassen, ist doch Gegenstand der Verhandlungen. Natürlich gibt es Forderungen oder Ziele, die schlechterdings nicht verhandelbar sind, die die Verhandlungen von Anfang an zum Scheitern verurteilen würden. Diese aber muss und wird man nicht zum Gegenstand der Verhandlungen machen; was so auch in der internationalen Diplomatie eine Selbstverständlichkeit ist. Es gibt immer Streitpunkte, von denen beide Seiten wissen, dass sie darüber unmöglich eine Einigung erzielen können. Auch Terroristen haben Interesse an Verhandlungen und Gesprächen, auch wenn es dabei gerade nicht um die Verwirklichung ihrer Maximalforderungen geht. Sie haben ein vitales Interesse daran, ihre Unterstützungsbasis nicht zu verlieren. Und wenn Verhandlungen die Möglichkeit eröffnen, die Lebensbedingung der Menschen zu verbessern, sei es durch einen unbefristeten Waffenstillstand oder die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen, so haben auch Terroristen an solchen Verhandlungen ein unmittelbares, notwendiges Interesse. Dies geht aus einem Schreiben von Aiman al-Sawahiri hervor, dem zweithöchsten al-Qaida-Führer. Darin erklärt er die populäre*

*Unterstützung der Muslime zur stärksten Waffe der Mudschaheddin: „Folglich müssen wir diese Unterstützung aufrechterhalten, so gut wir können [...] Ohne diese populäre Unterstützung würde die islamische Mudschaheddin-Bewegung still und heimlich zerschlagen.“*

**ASSked:** Wenn Sie von al-Qaida sprechen, könnte man meinen, dass die Organisation eine homogene Einheit darstellt, die sie letztendlich nicht ist. Darin kommen wir sicher überein. Müsste man demnach nicht mit der Führung, sondern viel eher mit den „Terroristen vor Ort“ verhandeln, um Gebiete zu befrieden und damit Stabilität zu erreichen?

*Natürlich. Die Pointe der Verhandlungslösung ist ja gerade, dass sie auf die Basis der terroristischen Organisationen abzielt: die freiwilligen Unterstützer, die Helfershelfer und Sympathisanten. Wenn man diesen alternative Wege anbietet, Teile ihrer Ziele zu erreichen, schafft man damit eben auch eine Alternative zum Terrorismus. Denn eins muss uns klar sein: gegen extremistische Überzeugungstäter wie Osama bin Laden ist kein Kraut gewachsen. Wir können nicht verhindern, dass sich der Sohn eines Millionärs radikalisiert. Was wir aber sehr wohl verhindern können ist, dass er Einfluss und Macht gewinnt. Denn, um es ganz deutlich zu sagen: Osama bin Laden ist nicht das Problem. Das eigentliche Problem sind die vielen, vielen Menschen, die bereit sind, bin Laden und al Qaida zu unterstützen, selbst Terroristen zu werden. Sie konstituieren die Macht und Stärke von al Qaida; sie sind es, die die Gefahr in die Mitte unserer Gesellschaften tragen – aus der sie vielleicht sogar selbst kommen. Sie wollen wir erreichen, wenn wir Terroristen Verhandlungen anbieten.*

**ASSked:** Die deutsche Regierung bemüht sich fast schon verzweifelt den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr nicht als Krieg zu bezeichnen. Wieso?

*Das deutsche Grundgesetz erlaubt den Einsatz der Bundeswehr nur im Rahmen der Selbstverteidigung. Artikel 115 a GG definiert den Verteidigungsfall als Angriff auf das Bundesgebiet. Zwar erlaubt die deutsche Verfassung in Artikel 24 Absatz 2 GG auch die sogenannte kollektive Selbstverteidigung im Rahmen eines Selbstverteidigungsbündnisses wie der NATO, sie verbietet aber, wie es Artikel 26 GG in Anlehnung an die Charta der Vereinten Nationen formuliert, die Vorbereitung und Teilnahme an einem Angriffskrieg. Auch wenn der frühere Bundesverteidigungsminister Peter Struck bereits 2002 erklärt hat, dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt wird, entspricht dies sicherlich nicht der Intention des Grundgesetzes. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr in Afghanistan in einen asymmetrischen Konflikt verwickelt ist. Deutsche Soldaten kämpfen nicht gegen Soldaten eines anderen Staates, sondern gegen Taliban, die als irreguläre Kämpfer anzusehen sind. Völkerrechtlich ist der Konflikt folglich kein Krieg. Und wenn es ein Krieg wäre, dürften deutsche Soldaten ohne Änderung des Grundgesetzes an ihm nicht teilnehmen.*

**ASSked:** Die NATO hat am 12. September 2001 nach Artikel 5 den Bündnisfall ausgerufen. Damit gilt ein bewaffneter Angriff gegen einen NATO-Staat als ein Angriff gegen alle NATO-Staaten. In Einklang mit Artikel 51 der UN-Satzung dürfen sich diese Staaten mit Waffengewalt wehren. Zum einen können wir schlussfolgern, dass kein Angriffskrieg vorliegt und zum anderen, dass es doch Selbstverteidigung ist. Hier könnte man sich sicherlich streiten, aber viel interessanter ist die Frage, wie lange der Bündnisfall wahren soll?

*Diesen Einwurf habe ich erwartet. Hierbei ist zunächst aber zu fragen, ob die Anschläge vom 11. September 2001 tatsächlich einen Verteidigungsfall und damit einen Bündnisfall nach Artikel 24 Absatz 2 GG begründen können. Hier sind zumindest Zweifel anzumelden. Die Anschläge wurden nicht von den afghanischen Streitkräften ausgeführt. Dass das afghanische Regime unter Mullah Mohammed Omar offen mit Osama bin Ladens al Qaida sympathisiert und dessen Pläne bereitwillig unterstützt hat, reicht sicherlich nicht zur Begründung des Verteidigungsfalles. Andernfalls würden viele verdeckte Operationen westlicher Staaten gegen unliebsame Regime ebenfalls den Verteidigungsfall begründen. Aber selbst wenn wir diese Zweifel beiseiteschieben, müssten wir uns doch fragen, ob heute noch sinnvollerweise von einem Einsatz im Rahmen des Verteidigungsfalles gesprochen werden kann. Sollten USA und NATO tatsächlich in kollektiver Selbstverteidigung gegen das Regime der Taliban Krieg geführt haben, so endete dieser Selbstverteidigungskrieg Ende 2001 mit der Eroberung der Hauptstadt Kabul und der Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz sowie der förmlichen Einsetzung einer Interimsregierung unter Hamid Karzai auf der Petersberger Afghanistan-Konferenz. Schließlich kämpfen deutsche und amerikanische Soldaten heute in Afghanistan nicht gegen reguläre afghanische (Taliban-) Soldaten. Anders gesagt: Sie kämpfen nicht gegen den afghanischen Staat, sondern für den afghanischen Staaten gegen irreguläre Kräfte. Um ihre Frage zu beantworten: Wenn der Bündnisfall je vorlag, endetet er wieder mit Karzais Einsetzung Ende 2001.*

**ASSked:** Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede hat der Afghanistankrieg der Sowjetunion und der der Koalition?

*Die größte Gemeinsamkeit ist sicherlich, dass der Krieg in Afghanistan für die Koalition heute militärisch so wenig zu gewinnen sein wird, wie er es für die UdSSR war. Tatsächlich ähneln sich die Situationen von damals und heute: wieder sind es afghanische Widerstandskämpfer, die gegen eine militärische Übermacht zu Felde ziehen. Was sich geändert hat, ist unsere Bewertung. Den Kampf der von den USA ausgerüsteten Mudschaheddin gegen die Rote Armee sahen wir als legitimen Befreiungskampf an. Den Kampf der Taliban gegen unsere Soldaten bewerten wir natürlich anders: als illegitim und Terrorismus. Dabei ähneln sich die Bilder und Methoden von damals und heute frappierend. Ich hatte die Gelegenheit bei einer Veranstaltung des Bayerischen Verfassungsschutzes aktuelle Rekrutierungsvideos von al Qaida zu sehen. Und hätte man nicht gewusst, dass es sich dabei um Sprengfallen der Taliban handelt, mit denen heute US-amerikanische Tanks angegriffen werden,*

*es hätten auch die Mudschaheddin sein können, die damit in den 1970er Jahren Angriffe auf sowjetische Panzer verübten.*

**ASSked:** Wäre es nicht sinnvoll, wenn Russland und die Koalition zusammenarbeiten würden, damit man aus den sowjetischen Erfahrungen lernen kann? Ist das realistisch?

*Höchstens militärtaktisch. Aber selbst da wäre ich skeptisch. Ich glaube, dass man aus der sowjetischen Erfahrung für den Aufgabenzuschnitt der Koalition heute eher wenig lernen könnte. Die Rote Armee wollte Afghanistan erobern, den Widerstand der Afghanen mit Gewalt brechen. Das unterscheidet sich fundamental von der Aufgabenstellung heute. Außerdem würden russische Berater die Stellung der Koalition sicherlich nicht verbessern. Eher im Gegenteil. Die Erinnerung an die sowjetische Besatzung ist für das afghanische Volk bis heute eine sehr leidvolle. Und wenn Sie sich erinnern, wie lange es in Europa gedauert hat, bis aus Feinden Freunde wurde, würde ich von einer Einbindung russischer Berater abraten.*

**„Die Mudschaheddin haben zwar Waffen und Unterstützung aus dem Westen angenommen, sich aber wenig für die westlichen Ideale wie Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit interessiert. Heute stehen wir vor einem ähnlichen Problem.“**

**ASSked:** Die amerikanischen Pläne für 2010 sehen ein verstärktes Engagement im Training des afghanischen Militärs und die schrittweise Übertragung der Verantwortung für die Sicherheit des Landes. Wie schätzen Sie Kampfkraft der afghanischen Truppen derzeit ein?

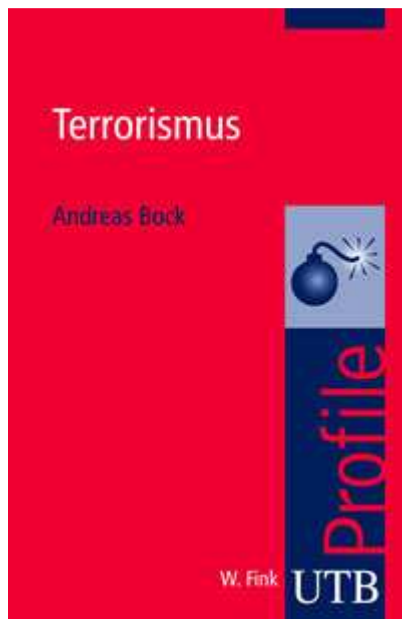
*Es ist eine Lehre aus der Geschichte dieses Landes, dass man einen Krieg gegen die Bevölkerung nicht gewinnen kann. Vor diesem Hintergrund macht die Entscheidung intuitiv Sinn, die Verantwortung für die Sicherheit im Land schrittweise auf afghanische Soldaten und Polizisten zu übertragen. Ich glaube, dass uns weniger die Frage der Kampfkraft der afghanischen Truppe Sorge bereiten sollte, sondern die Frage was für einer Armee wir die Waffengewalt in diesem Lande übergeben werden. Denn auch das ist eine historische Lehre, die wir ziehen könnten. Die Mudschaheddin haben zwar Waffen und Unterstützung aus dem Westen angenommen, sich aber wenig für die westlichen Ideale wie Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit interessiert. Heute stehen wir vor einem ähnlichen Problem. Die strategische Ausbildung und auch Ausrüstung der afghanischen Armee ist das eine; eine demokratische, liberalstaatliche Erziehung*

*etwas ganz anderes. Da ist unserem Verteidigungsminister zu Guttenberg sicherlich recht zu geben, dass man sich von der Vorstellung einer Demokratisierung Afghanistans nach westlichem Vorbild verabschieden muss. Und hier beißt sich der Hund selbst in den Schwanz. Denn am Ende laufen wir damit Gefahr, in Afghanistan erneut illiberale Kräfte zu bewaffnen und so Herrschaftsstrukturen zu verfestigen, die zu beseitigen die Koalition mit viel Idealismus einst angetreten war. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Burka längst wieder zum normalen Erscheinungsbild in weiten Teilen Afghanistans gehört.*

**ASSked:** Herr Bock, wir danken Ihnen für das Interview!

Das Interview führte **Sebastian Buciak**, Außen- und Sicherheitspolitische Studienkreise e.V. Berlin

Berlin, den 18. Februar 2010



**Andreas Bock (2009): Terrorismus**

**ISBN 978-3825230425**

Erschienen bei:  
UTB  
Stuttgart

114 Seiten  
9,90 € (D)